

Resolution Zentralvorstand syndicom, 23. Juni 2017

Angriff auf Service public stoppen – Bevölkerung ernst nehmen!

Am 26. Oktober 2016 kündigte die Post an, zwischen 500 und 600 Poststellen in der ganzen Schweiz zu schliessen. Sie führte anschliessend mit jedem Kanton Gespräche über das zukünftige Netz und versuchte sich so, die Kantone zu Komplizen zu machen. Das Resultat dieser Gespräche sehen wir heute schwarz auf weiss: 459 Poststellen werden überprüft, das heisst geschlossen. Mehr als ein Drittel aller noch offenen Poststellen werden dichtgemacht und den Mitarbeitenden wird der Arbeitsplatz ausradiert. Bezeichnend für das Vorgehen der Post ist der Fakt, dass seit der Ankündigung im letzten Oktober bereits 105 Poststellen geschlossen wurden oder sich im Schliessungsprozess befinden. Die Post versucht den Kahlschlag schönzufärben anstatt reinen Wein einzuschenken.

Sofortiger Marschhalt und Einbezug der Stakeholder

Mehrere parteiübergreifende Vorstösse und Motionen im nationalen Parlament sind mit grossem Mehr angenommen worden. Sie fordern unisono engere gesetzliche Leitplanken für die operative Tätigkeit der Post. Parallel dazu wurden in der ganzen Schweiz über 60'000 Unterschriften gesammelt mittels lokalen Petitionen für den Erhalt der Poststelle im Dorf oder im Quartier. Bis dato foutiert sich die Post um die Politik und die Bevölkerung – wir fordern deshalb noch vehementer einen Marschhalt beim Abbau des Service publics und des Poststellenkahlschlags. Ein echter Dialog mit den Stakeholdern ist zwingend, wenn die Post effektiv an einer erfolgreichen Zukunft des Postnetzes interessiert ist.

Soziale Verantwortung wahrnehmen

Die Ankündigung 1200, Arbeitsplätzen abzubauen, lässt offen, was mit den betroffenen Personen passiert. Ausser schönen Worten äusserte sich die Post nicht zu konkreten Massnahmen, wie Entlassungen vermieden werden sollen. syndicom fordert deshalb von der Post, auf jegliche Schliessungen zu verzichten, bis gemeinsam ein Masterplan erarbeitet worden ist, wie Entlassungen verhindert werden sollen. Bis dahin bleibt die soziale Verantwortung der Post ein Lippenbekenntnis.

Was passiert nach 2020

Hier zeigt sich die Strategielosigkeit der Post. Sie gibt keine Garantien für eine Poststelle nach 2020 ab. Sie sieht sich gemäss eigenen Aussagen nicht in der Lage, ein Netz der Zukunft anzudenken, geschweige denn umzusetzen. Dieser Fakt lässt Schlimmes erahnen. syndicom bietet Hand, den gemeinsamen Dialog auf Augenhöhe weiterzuführen. Bleibt die Post hier untätig, riskiert sie bewusst 2020 den nächsten Kahlschlag verkünden zu müssen.

Kampffonds bleibt offen

Die Pläne der Post drohen zum Prototyp zu werden für weiteren Abbau im Service public. Es ist deshalb entscheidend, dass die Gewerkschaften und die Politik hier vehemente Gegenwehr leisten. Deshalb bleibt der Kampffonds von syndicom geöffnet. syndicom wird sich mit allen Mitteln gegen den drohenden Kahlschlag zur Wehr setzenkämpfen und sich für ein erfolgreiches Postnetz der Zukunft einsetzen.